

V.i.S.d.P.: Rainer Böls (stellv. Vorsitzender DIE LINKE Kreisverband Birkenfeld) mit freundlicher Genehmigung von Markus Pflüger (Quellen: AGF-Trier und DFG-VK Trier) und Dr. Gernot Lennert (Quelle: DVG-VK Rheinland-Pfalz)

KEIN WERBEN FÜRS STERBEN - Jugendoffiziere raus aus Schulen und ARGEn

DIE LINKE im Kreis Birkenfeld und in Rheinland-Pfalz steht mit ihrem Protest nicht allein. Gegen die Militarisierung des Bildungswesens wehren sich neben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Rheinland-Pfalz und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen unter anderem auch die AGF Trier und der DFG-VK Landesverband Rheinland-Pfalz.

Aktion der AGF Trier

Am 25. Februar 2010 hat das rheinland-pfälzische Bildungsministerium eine Rahmenvereinbarung mit der Bundeswehr über die Einbindung von Jugendoffizieren in den Unterricht und in die Lehrerausbildung getroffen. Laut einer Presse-Information der Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier wurde eine von der AGF initiierte Petition gegen eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Bundeswehr und dem rheinland-pfälzischen Bildungsministerium von Lehrern, Schülern, Studierenden, Gewerkschaftern und Parteimitglieder von SPD, Grünen, Die Linke, sowie Mitglieder kirchlicher Gruppen, von Umwelt- und Friedensorganisationen sowie Sozialer Bewegungen und Bildungseinrichtungen unterzeichnet. Mit der Petition, die im Landtag eingereicht wurde, fordern sie eine Rücknahme der Kooperationsvereinbarung, die Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Unterricht, sowie in die Lehrerausbildung fest einbindet. (Quelle: AGF Trier, <http://www.agf-trier.de/>)

Stellungnahme des DVG-VK Rheinland-Pfalz

Kooperationsvereinbarung des RLP-Kultusministeriums stoppen - Friedensbewegung lehnt als politische Bildung getarnte Bundeswehr-Werbung an Schulen ab.

Die Bundeswehr hat nichts an Bildungseinrichtungen verloren. Gerade angesichts der in der Bundeswehr üblichen Misshandlungen und der permanenten Missachtung der Menschenwürde ist sie dafür denkbar ungeeignet.

Zum Rahmenabkommen der Bundeswehr mit dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur erklärte Dr. Gernot Lennert (DFG-VK Rheinland-Pfalz):

„Diese Vereinbarung zeigt, dass die Bundeswehr ein Imageproblem und Nachwuchssorgen hat, denn die Auslandseinsätze werden von der Mehrheit der

Bevölkerung abgelehnt. Immer mehr deutsche Soldaten lassen ihr Leben. Welche verantwortungsbewussten Lehrer und Eltern wollen vor diesem Hintergrund Werbung und Rekrutierung von Schülern und Schülerinnen für die Bundeswehr?“

Die Antwort der Bundesregierung auf die Ablehnung ihrer Kriegspolitik ist ein verstärkter und umfassender Werbefeldzug der Bundeswehr - es ist bezeichnend, dass auch die SPD in Rheinland-Pfalz so Teil dieser Militarisierungspolitik wird. Von der Bundeswehr ausgebildete Referendare, einseitiges Unterrichtsmaterial, Bundeswehrbesuche und von Soldaten gestaltete Unterrichtseinheiten mit Abiturprüfungsinhalten dienen der Manipulation und Rekrutierung, nicht der Erziehung zur eigenständigen Auseinandersetzung mit der Problematik. Es gilt die Bundeswehr ganz aus Schulen zu verbannen!!

Wir lehnen diese teure durch Steuergelder finanzierte Akzeptanz- und Rekrutierungsoffensive ab. Statt über die sog. Wehrpflicht junge Männer in die Bundeswehr zu zwingen, Arbeits- und Perspektivlose für Kriegseinsätze zu ködern und die umstrittenen Auslandseinsätze zu rechtfertigen, sollte die Bundeswehr angesichts der gängigen Misshandlungen erst einmal in ihren eigenen Reihen für Bildung und ein Mindestmaß an Gespür für Menschenwürde sorgen. Der Kooperationsvertrag zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Bundeswehr muss rückgängig gemacht werden!
gez. Dr. G. Lennert (DFG-VK Rheinland-Pfalz) und M. Pflüger (DFG-VK Trier)
(Quelle: Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen www.dfg-vk.de)

Weitere Informationen zum Thema

www.imi-online.de

z.B.: „Propagandaoffensive bereitet Bundeswehr-Offensive den Boden“

Studie „Die Eroberung der Schulen. Wie die Bundeswehr in Bildungsstätten wirbt“

http://www.imi-online.de/download/MSG_Jugendoffiziere_Studie.pdf

Aktionen und Termine gegen den Bundeswehr-Werbefeldzug:

www.bundeswehr-wegtreten.org oder
<http://www.kehrt-marsch.de/>

DIE LINKE.